



Referat von Cédric Wermuth, Co-Präsident SP Schweiz Discours de Cédric Wermuth, co-président du PS Suisse

*Es gilt das gesprochene Wort.
Seules les paroles prononcées font foi.*

Um was geht es?

Stempelabgaben sind Steuern, die auf die Ausgabe und den Handel mit Wertschriften erhoben werden. Der Bund erhebt drei Arten von Stempelabgaben: Die Emissionsabgabe, die Umsatzabgabe (Kauf und Verkauf von Wertpapieren) und die Abgabe auf Versicherungsprämien (Prämien von Haftpflicht-, Feuer-, Kasko- und Hausratsversicherungen). Alle Stempelabgaben zusammen tragen jährlich etwa 2,2 Milliarden Franken zum Bundeshaushalt bei.

Die Rechte hat drei Gesetzesprojekte aufgestellt, die alle drei Arten der Stempelabgaben angreifen. Aus taktischen Gründen wurde die Stempelsteuer-Vorlage dabei in drei Teilprojekte aufgeteilt. In der ersten Tranche soll nun die Emissionsabgabe auf Eigenkapital abgeschafft werden. Diese Salamtaktik ist – in der Steuerpolitik – einmal mehr ein grobes Foul, um in der Sprache der Zeit zu bleiben, ja, ein richtiger Bschiss. Die Idee ist klar: Kleine Häppchen sind besser verdaubar, man kann dann immer sagen, man habe das erste ja schon gemacht. Deshalb haben wir das Referendum ergriffen, um den Anfängen zu wehren.

Nicht schon wieder!

Dazu einige Zitate aus einer Antwort aus dem Jahr 2005 des damaligen Bundesrats Hans-Rudolf Merz auf einen Motion von alt FDP-Ständerat Gerold Bührer, der die Abschaffung der Emissionsabgabe bereits in die USR III integrieren wollte¹: «Die Aufhebung der Emissionsabgabe auf Eigenkapital brächte für den Unternehmenssektor eine Entlastung im Umfange von rund 200 Millionen Franken. Die Nutzniesser wären in erster Linie bei den multinationalen Unternehmen, den Banken, Versicherungen und Holdinggesellschaften zu suchen, nicht aber bei den KMU [...] Als Massnahme zur Förderung der Wettbewerbs- und Innovationsfähigkeit der KMU vermag die vorgeschlagene Teilaufhebung der Emissionsabgabe nicht zu greifen. Die notwendige Verbesserung der Voraussetzungen für eine angemessene Ausstattung der KMU mit Eigenkapital ist insbesondere mit der vom

¹ vgl. <https://www.parlament.ch/de/ratsbetrieb/suche-curia-vista/geschaeft?AffairId=20043736>

Ständerat einstimmig gutgeheissenen Erhöhung der Freigrenze bei der Emissionsabgabe von 250'000 auf eine Million Franken bereits vollzogen worden [...] Allerdings muss gesagt werden, dass gerade die Emissionsabgabe auf Eigenkapital ein - zwar unvollkommenes - Substitut für die fehlende Beteiligungsgewinnsteuer darstellt. Zudem hat der Bund mit der Unternehmenssteuerreform 1997 bereits die Kapitalsteuer aufgehoben [...] Aus der Sicht des Bundeshaushaltes muss betont werden, dass die für die Betroffenen kaum spürbare Emissionsabgabe auf Beteiligungen eine sehr ergiebige und effiziente Steuer ist. Erhebung und Bezug des Steuerertrages [...] werden mit bloss zwei Mitarbeitenden sichergestellt. Mindererträge in dieser Grössenordnung sind zurzeit ohne Mehrbelastung anderer Gruppen von Steuerzahlern oder zusätzliche Ausgabenkürzungen nicht möglich.»

Kurz:

- Die Abschaffung der Stempelsteuer ist nicht der Anfang der Salamiaktik, sondern wir sind bereits mittendrin. Nur einige Hinweise: Die Emissionsabgaben wurden bereits 1996/7 von 3 % auf 1 % gesenkt, 1998 erfolgte die Abschaffung der Kapitalsteuer auf Bundesebene, 1998 die USR I, 2001 und 2006 weitere Senkungen des Stempels, 2011 die USR II (Stichwort: Kapitaleinlageprinzip und Dividendenbesteuerung).
- Gerade vor dem Hintergrund der nun beginnenden Debatte um die Refinanzierung der Corona-Schulden ist auch klar, warum die Bürgerlichen das Projekt jetzt schnell durchboxen wollen: Das Kapital versucht, sich in Sicherheit zu bringen. Ausgerechnet jetzt, nachdem der Bund mit Milliarden die Wirtschaft gestützt hat. Das Projekt folgt einmal mehr dem Prinzip: Den Grossen wird gegeben, die Bevölkerung darf zahlen.
- Selbst der Bundesrat sagt eindeutig: Diese Vorlage bringt nur den Grossen etwas, also genau jenen, die es nicht nötig haben. Es ist nicht nachvollziehbar, warum gerade diese Leute keinen Beitrag an die gesellschaftliche Solidarität leisten sollen.